

BRIEF AUS BERLIN



Nr. 3 | 17. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

2021 neigt sich mit seiner letzten Sitzungswoche des Jahres allmählich dem Ende zu. Mit dem Jahr 2021 verabschieden wir uns von einem – in vielerlei Hinsicht – sehr turbulenten Jahr. Auch in diesem Jahr hat die Corona-Pandemie die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik insbesondere in den Landkreisen Altötting und Mühldorf am Inn vor große Herausforderungen gestellt.

Mein großer Dank gilt daher denjenigen, die sich in den letzten Monaten aufopferungsvoll in ganz unterschiedlicher Hinsicht für ihre Mitbürgerinnen und Mitbürgern eingesetzt haben. Die Corona-Pandemie fordert uns Menschen im außergewöhnlichen Umfang. Für Kinder und Jugendliche, Familien, Berufstätige, Unternehmerinnen und Unternehmer sowie Seniorinnen und Senioren bedeutet die Corona-Pandemie nach wie vor große Einschränkungen. Besonders den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Gesundheitswesen und der Pflege gebühren mein uneingeschränkter Respekt und meine höchste Anerkennung. Für Ihre großartigen Leistungen bedanke ich mich sehr herzlich bei Ihnen.



Manche Wirtschaftszweige sind besonders hart von der derzeitigen Situation betroffen, weshalb ich Ihnen versichere, dass ich mich auch weiterhin im Rahmen meiner politischen Möglichkeiten für die Anliegen der Unternehmerinnen und Unternehmer sowie der Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis einsetzen werde. Das Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger in meinem Wahlkreis Altötting/Mühldorf am Inn liegt mir sehr am Herzen und mir ist es ein drängendes Anliegen, meine Heimatregion noch weiter voran zu bringen. Ich blicke deshalb mit Zuversicht und voller Motivation in das Neue Jahr 2022. Abschließend wünsche ich Ihnen und Ihren Familienangehörigen von ganzem Herzen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest, ruhige und besinnliche Festtage sowie ein glückliches, gesundes und erfolgreiches Neues Jahr 2022.

Wenn Sie, liebe Leserinnen und Leser, Anliegen, Anregungen oder Wünsche haben, stehe ich Ihnen natürlich auch im neuen Jahr 2022 jederzeit herzlich gerne zur Verfügung.

Im Folgenden möchte ich Ihnen zu Ihrer freundlichen Information eine Übersicht zu den Neuigkeiten sowie inhaltlichen Debatten im Rahmen der aktuellen Sitzungswoche aus dem Deutschen Bundestag vom **13. Dezember bis 17. Dezember 2021** geben.

– Die Politische Lage in Deutschland –

Neue Funktionen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Anlässlich der kürzlich erfolgten Wahlen für die künftigen Positionen innerhalb der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wurde ich mit überzeugender Mehrheit zum Vorsitzenden der Arbeitsgruppe (AG) für Sport und Ehrenamt der Fraktion gewählt. Darüber hinaus habe ich die Funktion des ordentlichen Mitglieds im Rechtsausschuss und die Funktion des stellvertretenden Mitglieds im Europaausschuss inne. Insbesondere über die Wahl als Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Sport und Ehrenamt der CDU/CSU-Bundestagsfraktion freue ich mich außerordentlich. Es ist mir eine große Ehre, dieses Amt im Rahmen der jetzigen Legislaturperiode zu bekleiden. Auch als sportpolitischer Sprecher der Fraktion wird es mein ausdrückliches Anliegen sein, die Bedeutung der Themenfelder von Sport und Ehrenamt noch gezielter in den politischen Debatten zu platzieren. Konkrete Ziele werden dabei sein, den Spitzen- und Breitensport gleichermaßen voranzubringen. Ebenfalls zählen dazu eine Modernisierung des Ehrenamtes sowie ein Abbau der Bürokratie. Es würde mich außerordentlich freuen, wenn auch die Vereine in meiner Heimatregion Altötting/Mühldorf am Inn von meiner Arbeit und meinem Engagement langfristig und positiv profitieren könnten. Darüber hinaus freue ich mich sehr darauf, als ordentliches Mitglied die Arbeit des Rechtsausschusses sowie als stellvertretendes Mitglied die Arbeit des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten mitgestalten zu dürfen.

Selbstbewusste Opposition zum Wohle Deutschlands.

Die Weichen für vier Jahre konstruktive Oppositionspolitik sind gestellt. Unsere Fraktion hat sich pünktlich zur Konstituierung der Ausschüsse erfolgreich neu formiert. Einen herzlichen Glückwunsch an alle Gewählten in alten und neuen Positionen und ein großes Dankeschön an die Vorsitzenden der Landesgruppen und der soziologischen Gruppen für ihre hervorragende Vorbereitung.

Unser Hauptaugenmerk gilt jetzt zwei großen Bereichen. Erstens werden wir uns konstruktiv-kritisch mit den Vorhaben der Ampel-Regierung auseinandersetzen. Als größte Oppositionsfraktion freuen wir uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf klare, aber faire Debatten auf Augenhöhe. Zweitens werden wir eigene Themen setzen und Konzepte entwickeln, die unsere Vorstellung von einer guten Zukunft für unser Land definieren.

Verfassungsrechtlich fraglicher Nachtragshaushalt.

Beim ersten großen Vorhaben der neuen Bundesregierung biegt sie bereits falsch ab. Der Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltes 2021 zeigt eindrucksvoll, wie teuer die vorgebliche Einigkeit der Ampel-Koalition erkaufte worden ist. Kreditermächtigungen für die Corona-Pandemie werden zweckent-

fremdet, um viele teure Versprechen zu finanzieren – ohne Rücksicht auf die Rechte zukünftiger Generationen und verfassungsrechtliche Grundsätze. Insgesamt sollen 60 Milliarden Euro in einem Fonds zwischengeparkt werden. Solide Finanzpolitik sollte mehr sein als nur ein Lippenbekenntnis. Wir werden uns diesen Nachtragshaushalt sehr kritisch anschauen. Für den Fall, dass er in der vorliegenden Form vom Bundestag beschlossen wird, schließen wir auch einen Gang nach Karlsruhe nicht aus.

Generationengerechtigkeit verstehen wir umfassend: Klimaschutz, solide Finanzen und nachhaltige soziale Sicherungssysteme sind entscheidende Bereiche, in denen sich die Zukunft unserer Kinder und Enkel entscheidet.

– Die Woche im Parlament –

1. Initiativen unserer CDU/CSU-Fraktion

Internationales Engagement für das Menschenrecht auf Religions- und Weltanschauungsfreiheit fortsetzen – Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit fortführen.

Mit diesem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, ihren Einsatz für Religionsfreiheit zu verstärken und das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit schnell wieder zu besetzen.

Nicht nur jetzt, in den Tagen vor Weihnachten, wird uns die Bedeutung der Religionsfreiheit besonderes bewusst. Circa 84 Prozent der Menschen auf der Welt fühlen sich einer Religion zugehörig. Religion hat eine soziokulturelle und zivilgesellschaftliche Bedeutung, die nicht geringgeschätzt werden darf. Religions- und Weltanschauungsfreiheit ist ein fundamentales Menschenrecht, das allerdings zunehmend unter massiven Druck gerät. Drei von vier Menschen leben in Ländern, in denen die freie Ausübung von Religion eingeschränkt oder gar verboten wird.

Die Ampel wird in Ihren bisherigen Ankündigungen dieser Herausforderung nicht gerecht. Religionsfreiheit hat offenbar keine Priorität – auch wenn die neue Koalition sich ansonsten rühmt, Menschenrechte ins Zentrum der Außenpolitik stellen zu wollen. Zudem ist offenbar geplant, das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit abzuschaffen; im Koalitionsvertrag wird es nicht erwähnt.

Gesetz zur Fristverlängerung für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder.

Der Deutsche Bundestag hat in der letzten Legislaturperiode mit dem Ganztagsförderungsgesetz die stufenweise Einführung eines Anspruchs auf ganztägige Förderung für Grundschulkinder ab dem Jahr 2026 auf den Weg gebracht. Der Bund unterstützt Länder und Kommunen bei diesem Ausbau mit 3,5 Milliarden Euro für Investitionen in ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote. Aufgrund der Lage im Handwerk können viele Mittel für den Infrastrukturausbau derzeit nicht rechtzeitig abgerufen und verausgabt werden. Hierzu haben wir einen konkreten Gesetzentwurf vorgelegt, über den wir in nun in zweiter und dritter Lesung beraten haben. So wollen wir erreichen, dass der Bund in Abstimmung mit den Bundesländern die vorgesehene Frist für die Verausgabung der Mittel um eine angemessene Zeit über den 31. Dezember 2021 hinaus verlängert. Die Ampelkoalition hat außerdem einen weitgehend inhaltsgleichen Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser sieht ebenso die Zusammenführung von Bonus- und Basistopf vor – also eine wesentliche Erleichterung für die Abwicklung der Förderung. Das

haben unsere Familienpolitiker von CDU/CSU bereits im parlamentarischen Verfahren zum Ganztagsförderungs-gesetz im Juni 2021 eingefordert. Seinerzeit hatte Bundesfinanzminister Scholz eine Zusammenführung noch abgelehnt.

Parallel dazu befassen wir uns erneut mit unserem Antrag **Planungssicherheit für Familien und Kommunen – Frist für den beschleunigten Infrastrukturausbau in der Ganztagsbetreuung verlängern.**

2. Sonstige Tagesordnungspunkte

Gesetz über die Feststellung eines Zweites Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 2021 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2021).

In erster Lesung haben wir als CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Gesetzentwurf der Bundesregierung über die Feststellung eines zweiten Nachtragshaushalts 2021 beraten. Zur Bewältigung der Corona-Krise haben wir mit dem Bundeshaushalt 2021 bereits insgesamt 240,2 Milliarden Euro an Kreditermächtigungen erteilt. Davon will die Ampelkoalition nun 60 Milliarden Euro (also 25 Prozent) nicht benötigter Kreditermächtigungen dem Energie- und Klimafonds (EKF) zuführen. Damit steigt die EKF-Rücklage auf gut 76,2 Milliarden Euro. Begründet wird dies mit der Überwindung des Klimawandels, zusätzlichen Investitionen in den Klimaschutz und der Transformation der deutschen Wirtschaft. Außerdem will die Ampel Sondervermögen bei der Berechnung der zulässigen Kreditaufnahme anders als bisher berücksichtigen. Zukünftig sollen nur die Zuführungen an Sondervermögen als Schuldenregel-relevant gelten. Bisher galt dies für den Mittelabfluss aus dem Sondervermögen.

Gesetz zur Änderung des Stabilisierungsfondsgesetzes und des Wirtschaftsbeschleunigungsgesetzes.

Der Stabilisierungsfonds soll den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie entgegenwirken; mit Garantien und Kapitalhilfen sollen Unternehmen der Realwirtschaft stabilisiert werden. In zweiter und dritter Lesung beraten wir einen Gesetzentwurf der Ampelkoalition, der die Befristungsregelung im Stabilisierungsfondsgesetz (SfFG) bis zum 30. Juni 2022 verlängern soll. Angesichts der zeitlich be-grenzten Verlängerung ist geplant, den Maximalbetrag für Garantien, die der Wirtschaftsstabilisie-rungsfonds (WSF) begeben darf, von 400 Milliarden Euro auf 100 Milliarden Euro zu reduzieren. Zu-gleich soll die Kreditermächtigung zur Deckung von Inanspruchnahmen nach § 21 StFG (Gewährlei-stungsermächtigung) und von Aufwendungen und von Maßnahmen nach § 22 StFG (Rekapitalisierung) von 100 Milliarden Euro auf 50 Milliarden Euro reduziert werden. Daneben sollen die Erleichterungen des Wirtschaftsstabilisierungsbeschleunigungsgesetzes ebenfalls bis zum 30. Juni 2022 verlängert wer-den.

– Daten und Fakten –

Mobiler Breitbandausbau in den letzten zehn Jahren.

Innerhalb der letzten 10 Jahre wurden in Deutschland über 33.000 neue Mobilfunkstandorte erschlossen. So konnte eine gute flächendeckende Versorgung hergestellt werden. Mir ist es wichtig, hier nicht stillzustehen. Gerade für ländliche Regionen ist es ein wichtiges Anliegen, hier uneingeschränkt mit großem Nachdruck engagiert zu bleiben. Für den Ausbau spielten zwei Faktoren eine wichtige Rolle: Die Erschließung neuer Sendestandorte und die Aufrüstung von Standorten mit neuen

Funktechnologien. Laut Bundesnetzagentur sind nur noch 3,8 Prozent der Fläche Deutschlands „weiße Flächen“, in denen maximal 2G Empfang ist. Grundsätzlich bestätigt der „Digital-Economy-and-Society“ Index der EU-Kommission, in dem Deutschland im Bereich des mobilen Breitbandinternets auf Platz zwei liegt, eine gute Verfassung der digitalen Infrastruktur. (Quelle: ifo Institut)

Die MINT-Fächer-Präferenz von Mädchen lässt sich durch ältere Geschwister beeinflussen.

Geschwister beeinflussen wahrscheinlich die MINT-Präferenz von jungen Frauen, aber nicht die von jungen Männern. Ein Team des Max-Planck-Instituts für demografische Forschung (MPIDR) in Rostock, der Bar-Ilan-Universität, Israel, und der Universität Hawai'i fand Hinweise darauf, dass junge Frauen sich eher für ein Studium in einem MINT-Fach entscheiden, wenn sie mit einer geringen Anzahl von Geschwistern oder mit mehr Brüdern als Schwestern aufgewachsen sind oder wenn sie eine ältere Schwester mit guten mathematischen Leistungen hatten. Im Gegensatz dazu stellte das Team fest, dass bei jungen Männern die Präferenz für ein MINT-Studium vor allem von den eigenen mathematischen Fähigkeiten abhing. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass die Zusammensetzung der Geschwistergruppe eine wichtige sozialisierende Rolle spielt. (Quelle: Max-Planck-Institut für demografische Forschung).

Sollten Sie mehr über meine Arbeit in Berlin und in meiner Heimat Altötting/Mühldorf am Inn wissen wollen, schauen Sie doch einfach auf meiner persönlichen Webseite vorbei: www.mayer-stephan.de. Dort finden Sie Aktuelles, Persönliches und sind immer bestens informiert!

Für Rückfragen stehe ich Ihnen selbstverständlich gerne zur Verfügung und wünsche Ihnen weiterhin viel Freude beim Lesen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Stephan Mayer

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-74932
Fax: 030-227-76781

E-Mail: stephan.mayer@bundestag.de
Web: www.mayer-stephan.de